



CDU-Fraktion Langenfeld
Konrad-Adenauer-Platz 1
40764 Langenfeld



JUNGE UNION LANGENFELD
Seidenweberstrasse 15
40764 Langenfeld

CDU-Fraktion - Rathaus - 40764 Langenfeld

An den Vorsitzenden des
Haupt- und Finanzausschusses
Herrn Bürgermeister Schneider
40764 Langenfeld

Langenfeld, den 26.02.17

Antrag der CDU-Fraktion gemäß der Geschäftsordnung des Rates auf Anregung der JU Langenfeld

Entwicklung eines städtischen Sicherheitskonzeptes zur Gewaltprävention auffälliger Jugendlicher

Sehr geehrter Herr Schneider,

die CDU-Fraktion bittet auf Anregung der Jungen Union den Haupt- und Finanzausschuss, die Stadtverwaltung zu beauftragen,

1. ein städtisches **Sicherheits- und Präventionskonzept** zu entwickeln. Dieses Konzept soll sich vor allem auf verhaltensauffällige Jugendliche beziehen und zur Gewaltprävention im öffentlichen Raum beitragen. Das angedachte Konzept sollte zeitnah, bereits in diesem Jahr zur Geltung kommen.
2. Ergänzend sind im Rahmen des Konzeptes die rechtlichen und technischen Möglichkeiten zu prüfen, als präventives Mittel, die **Videobeobachtung** im öffentlichen Raum auszuweiten und zu installieren. Im Ergebnis sollte die Videobeobachtung in öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Schulhöfen, Eingangshallen, wie u.a. in der Musikschule oder der VHS, initiiert bzw. ausgebaut werden.

Damit das Konzept aktiv umgesetzt werden kann, sollen daher **20.000 Euro** zweckgebunden im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Bei Mehrbedarf soll der Rat der Stadt Langenfeld über einen Nachtragshaushalt beraten können.

Zum Sicherheits- und Präventionskonzept:

Das Sicherheitskonzept soll kommunale Möglichkeiten zur Gewaltprävention bei auffälligen Jugendlichen prüfen und entwickeln.

Im Rahmen der Entwicklung sollten mindestens nachfolgende Punkte geprüft werden:

- Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit mit Schulen und weiteren öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. dem Jugendzentrum;
- Möglichkeiten zur Stärkung der „Aufsuchenden Jugendarbeit“;
- Prüfung der Einbindung Langenfelder Vereine bei der Durchführung von Aufklärungsmaßnahmen zur Gewaltprävention;
- Möglichkeiten zur Verstärkung der Zusammenarbeit von Jugendamt, Ordnungsamt und Sicherheitsfirmen

Bereits existierende in Langenfeld durchgeführte Präventionsmaßnahmen gilt es auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen oder zu verstärken.

Begründung

Die Berichterstattung im Ausschuss für Soziales und Ordnung sowie im Kulturausschuss dokumentiert, dass in Langenfeld derzeit einzelne Gruppen von Jugendlichen mit hoher krimineller Energie in Erscheinung treten. Über verschiedene Vorfälle, bspw. an und in der Musikschule, aber auch im Umfeld des Jugendzentrums und Fröbelschule, wurde in den Medien berichtet.

Das kriminelle Verhalten dieser Gruppen darf nach Ansicht der Jungen Union nicht hingenommen werden. Der Staat hat die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. In erster Linie sind daher die Strafverfolgungsbehörden des Landes hier in der Verantwortung. Aber auch die Kommune muss ergänzend aggressivem Verhalten im öffentlichen Raum entschlossen entgegenwirken.

Insbesondere Jugendlichen, die gewaltbereit sind, gilt es Einhalt zu gebieten, da diese sich mit ihrem Verhalten ihre Zukunft selbst verbauen und darüber hinaus anderen Schaden zufügen.

Neben dem ist es nach Ansicht der Jungen Union notwendig, als präventives Mittel, Videobeobachtung in den rechtlich zugelassenen Bereichen auszuweiten und zu installieren. Das Konzept soll daher die Videobeobachtung in öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Schulhöfen, Eingangshallen, wie u.a. in der Musikschule oder der VHS, initiieren und ausbauen.

Mit freundlichem Gruß



Jürgen Brüne
(CDU-Fraktionsvorsitzender)

gez. Sebastian Köpp
(Ratsherr / JU Vorstand)

Dominic Mueller
Kom. JU Vorsitzender

Mathias Brach
Kom. JU Vorsitzender

Stephan Rosenbaum
(Mitglied des Vorstandes)